

Artikel vom 15.12.2022

CSU Kreistagsfraktion

CSU mit den geplanten Veränderungen bei der Müllabfuhr nicht einverstanden



Bildnachweis: Pixabay

Kreis Miltenberg. Nicht einverstanden ist die CSU- Kreistagsfraktion mit den geplanten Veränderungen bei der Müllabfuhr. „Die angedachte Umstellung von der vierzehntägigen Abfuhr der grauen Restmülltonne auf einen Vier-Wochen-Rhythmus wird für viele Haushalte zu Problemen führen“, so Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Armin Bohnhoff. Es werde anerkannt, dass das bestehende Abfallwirtschaftssystem kontinuierlich überprüft werden müsse und Optimierungen vorgenommen werden müssten. Unterstützt werde das Ziel, die Restmüllmenge zu reduzieren. Die CSU-Fraktion habe daher die geplante Verminderung des Restmüllmindestvolumens je Person und Woche von 7,5 l auf 6 l mitgetragen. Auch weitere Maßnahmen wie z.B. die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit werden unterstützt. Die CSU- Fraktion ist nicht von dem Ziel überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger durch einen veränderten Abfuhrtermin ihr Sortierverhalten weiter verändern. „Besonders Familien mit Kleinkindern oder zu pflegenden Angehörigen ist es nicht zuzumuten, dass der anfallende Müll vier Wochen nicht abgeholt wird“, so Kreisrat Gerhard Rüth. Das führe besonders in den warmen Monaten zu erheblichen Geruchsproblemen. Die Erfahrungen im Sommer 2022 mit den verzögerten Müllabfuhr hätten gezeigt, welche negative Auswirkungen entstehen. Die Haushalte würden zwangsläufig gezwungen werden, trotz geringerem Mindestvolumen pro Person größere Müllgefäße zu nutzen, was faktisch zu einer zusätzlichen Kostenbelastung der Haushalte führe. Es sei nicht realistisch, dass keine organischen Abfälle mehr

in der Restmülltonne gelangen. Ferner sei zu befürchten, dass bei nicht ausreichendem Platz in der Tonne Müll illegal in der Natur abgelagert werde. Die CSU beantragt, die Müllabfuhr im Zwei-Wochen-Turnus und alternativ im Drei-Wochen-Turnus auszuschreiben. Auch müsse der Ausschreibungszeitraum von geplanten sechs Jahren auf vier Jahre begrenzt werden. Aktuell sei es eine ungünstige Zeitphase für eine Ausschreibung aufgrund der enorm gestiegenen Kosten. Deshalb sollte der Bindungszeitraum auf vier Jahre begrenzt werden.

Zudem appelliert die CSU-Kreistagsfraktion an alle sog. „Klima-Aktivisten“, den Weihnachtsfrieden zu achten. Durch ihre Aktionen gefährden sie vielfach Menschenleben, beschädigen Sachen und sind für einen Ausstoß enormer Mengen CO₂ durch wartende Fahrzeuge verantwortlich. „Wir fordern sie deshalb auf, wenigstens in der Weihnachtszeit ihre Anliegen friedlich und ohne die Gefährdung anderer Menschen zu vertreten“, so Kreisrat Berthold Rüth.

„Unser Demonstrationsrecht gibt allen Bürgerinnen und Bürgern das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln“, so Kreisrätin Edeltraud Fecher. Die zunehmende Radikalität sowie die gezielt begangenen Straftaten seien deshalb durch nichts zu rechtfertigen. Und sie fügen dem so wichtigen Ziel des Klimaschutzes den denkbar größten Schaden zu. „Wir als CSU stehen für eine realistische Klimapolitik mit Herz und Verstand, die die 13 Millionen Menschen in Bayern mitnimmt. Das bedeutet auch, dass wir uns bewusst sind, dass wir das Klima auf unserer Erde mit ihren 8 Milliarden Menschen nur dann wirksam schützen können, wenn sich möglichst viele Staaten beteiligen“, so Rüth abschließend.